

ENTLASTUNG FÜR ELTERN UND KOMMUNEN

GEBÜHRENFREIHEIT FÜR KITAS MUSS KOMMEN

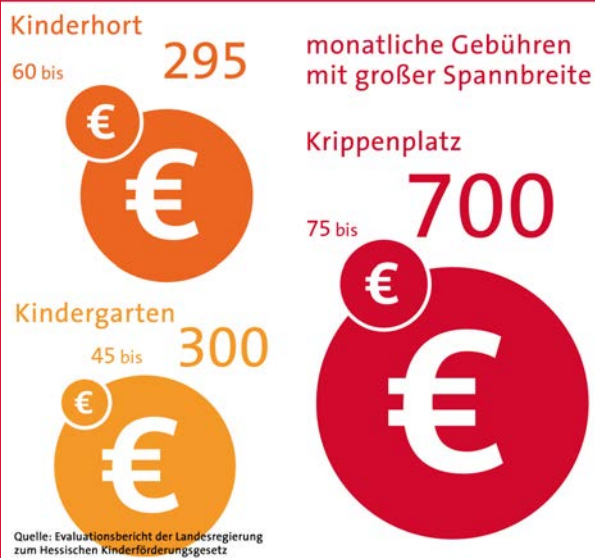
Die SPD hat die Forderung erneuert, den Besuch von Kindertagesstätten für die Eltern gebührenfrei zu gestalten. Gleichzeitig werde die SPD in Regierungsverantwortung die Kommunen bei den Betriebskosten der Kitas entlasten, kündigte **Thorsten Schäfer-Gümbel** an.



„Der Zugang zu Bildung muss gebührenfrei sein. Das gilt heute ganz selbstverständlich für die Schule und das Erststudium an unseren Universitäten. Es gibt keinen Grund, warum das Prinzip der Gebührenfreiheit nicht auch für die frühkindliche Bildung gelten sollte. Wer die frühkindliche Bildung ernst nimmt und als Grundstein für spätere Bildungserfolge sieht, muss sie geradezu zwangsläufig gebührenfrei anbieten“, sagte Schäfer-Gümbel. Er kritisierte, dass die Spannweite

der Gebühren (siehe Grafik) dazu führe, dass von vergleichbaren Lebensverhältnissen keine Rede mehr sein könne. Die Gebührenfreiheit würde zigtausende Familien mit normalen Einkommen deutlich entlasten. In vielen hessischen Kommunen sei das Haushaltsdefizit mittlerweile identisch mit den Ausgaben für die Kitas. Zugleich liege der Finanzierungsanteil des Landes bei nur zehn Prozent. „Deswegen muss sich das Land aus originären Landesmitteln stärker an den Betriebskosten für die Kitas beteiligen. Zug um Zug werden wir diese Mittel steigern, um Kommunen zu entlasten und die Qualität in den Kitas zu verbessern.“

DAS KOSTET DIE KINDERBETREUUNG IN HESSEN



Schäfer-Gümbel forderte weiter, das praxisuntaugliche hessische Kinderförderungsgesetz (KiföG) grundsätzlich zu überarbeiten, um die Träger und Kommunen von unnötiger Bürokratie zu befreien, die besonders zu Lasten der Betreuung gehe.



VORFREUDE AUF DEN HESSENTAG IN RÜSSELHEIM. THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL MIT DEM HESSENTAGSPAAR SELMA KÜCÜKYAVUZ UND MARCEL SEDLMAYER.

WILLKOMMEN BEIM HESSENTAG

Vom 9. bis 18. Juni findet in der Opelstadt Rüsselheim der Hessestag statt. Die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion stehen an den zehn Tagen in Halle 1 der Landesausstellung für Gespräche und Informationen zur Verfügung. Wer „live“ eine Fraktionssitzung erleben möchte, ist herzlich eingeladen zur öffentlichen Sitzung der SPD-Fraktion am Dienstag 13. Juni und 11:00 Uhr im Rathaus (Rotunde), Marktplatz 4.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

CDU LÄSST FRAUEN IN TEILZEITFALLE

Verärgert hat sich die frauenpolitische Sprecherin **Lisa Gnadl** über die Weigerung der CDU gezeigt, Beschäftigten ein generelles Recht auf die Rückkehr von einer Teilzeit- in eine Vollzeitbeschäftigung einzuräumen. Sie sagte: „Etwa 80 Prozent der mehr als elf Millionen Teilzeitbeschäftigten sind weiblich. Mehr als die Hälfte aller Mütter in Deutschland arbeitet Teilzeit. Wenn diese Frauen wieder Vollzeit arbeiten wollen und können, bleibt ihnen der Weg zu einer Vollzeitstelle versperrt. Die Folgen sind verheerend: Geringerer Verdienst, keine Karrierechancen, geringere Renten bis hin zur Altersarmut.“



FOTO: PIXSSELL - FOTOLIA

TEILZEITARBEIT FÜHRT HÄUFIG IN EINE BERUFLICHE SACKGASSE, WEIL ES KEIN RECHT AUF RÜCKKEHR ZU VOLLZEIT GIBT.

VERZICHT AUF KONTROLLRECHTE

In der Debatte zum „Zukunftskonzept“ für das Universitätsklinikum Gießen Marburg (UKGM) warf **Handan Özgüven** der CDU eine „Feierlaune auf Kosten der Bürger, Beschäftigten und Patienten“ vor. Özgüven kritisierte, dass sich die Arbeitsbedingun-



gen am UKGM nach der Privatisierung verschlechtert hätten. Nun verzichte das Land mit dem „Zukunftskonzept“ ausgerechnet auf Kontrollrechte.

INVESTITIONSTAU AN SCHULEN

Brigitte Hofmeyer kritisierte den finanziellen Beitrag des Landes zum Sanierungsprogramm des Bundes für Schulen. Hofmeyer sagte dazu: „Das ist kein Finanzprogramm, sondern eine Peinlichkeit. Obwohl auch die Hessische Landesregierung für die Schulinfrastruktur in der Verantwortung steht, beteiligt sie sich mit gerade einmal 55 Millionen Euro in Form von Darlehen und Zinshilfen an der Sanierung der hessischen Schulen. Aus dem großen Investitionsprogramm des Bundes erhält Hessen circa 330 Millionen Euro, gibt aber viel zu wenig eigene Mittel dazu.“



HASSKRIMINALITÄT BEKÄMPFEN

Die rechtspolitische Sprecherin **Heike Hofmann** hat in der Debatte um einen Gesetzentwurf von Bundesjustizminister Maas gegen Hass und Beleidigung im Internet ein entschiedenes Vorgehen gegen Hasskriminalität gefordert. Sie sagte weiter, der Gesetzentwurf sei ein geeignetes Mittel, um die Plattformbetreiber zu motivieren, Mordaufrufe, Volksverhetzung und persönliche Drohungen so schnell wie möglich zu löschen. Hasskriminalität beschädige das friedliche Zusammenleben, die Debattenkultur und letztlich auch die Meinungsfreiheit.



WASSER BESSER SCHÜTZEN

Mehr Aufmerksamkeit für den Schutz von Grund- und Trinkwasser hat **Angelika Löber** gefordert. Sie sprach sich für bessere Kontrollen aus. Die Belastung durch Medikamente und Reinigungsmittel aus Abwässern sowie die hohe Nitratbelastung aus Düngemitteln müssten reduziert werden. Die hessische Landesregierung pflege



einen „zu lapidaren Umgang“ mit dem Thema Wasser, wie die Antwort auf eine Große Anfrage gezeigt habe. Auch bei der Planung von Gewerbegebieten müsse die Frage der Wasserversorgung künftig stärker gewichtet werden.



DIÄTEN WERDEN ANGEPASST

Die Diäten für hessische Landtagsabgeordnete steigen in diesem Jahr voraussichtlich um 2,2 Prozent. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, **Günter Rudolph**, sagte dazu: „Der Hessische Landtag hat 2008 entschieden, dass sich die Entwicklung der Abgeordnetenentschädigung an einem vom Hessischen Statistischen Landesamt errechneten Realindex orientiert. Die jetzt vorgesehene, indexbasierte Erhöhung ist transparent berechnet, sachlich gerechtfertigt und angemessen. Sie zeigt, dass die Abgeordneten des Hessischen Landtags verantwortungsbewusst mit ihrer Aufgabe, die Abgeordnetendiäten selbst festlegen zu müssen, umgehen.“



FOTO: DOMOSKANONOS - FOTOLIA

SCHWARZ-GRÜN BELASTET ELTERN

Den so genannten „Pakt für den Nachmittag“ sieht **Christoph Deegen** als „schwarz-grüne Mogelpackung mit geringem pädagogischem Mehrwert.“ Er kritisierte: „Der Pakt sorgt nicht für bessere Bildung, sondern belastet Eltern und Kommunen.“ Der Pakt biete nicht mehr als eine kostenpflichtige Betreuung in den Räumen der Schu-



len. Statt mehr Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe zu schaffen, schrecke er finanziell schwächere Familien von einer Teilnahme ab. „Er ist die Einführung von Schulgeld durch die Hintertür.“ Trotz aller Werbung seitens der Landesregierung für den Pakt hätten sich bisher nur wenige Grundschulen für die Teilnahme erwärmen können. Die SPD fordere den Ausbau echter Ganztagschulen mit pädagogischem Profil.

INNENMINISTER FEHLT GLAUBWÜRDIGKEIT

Beim besseren Schutz von Einsatzkräften vor Gewalt mangelt es dem hessischen Innenminister Peter Beuth nach Ansicht der SPD-Abgeordneten **Nancy Faeser** an Glaubwürdigkeit. Sie sagte: „Innenminister Beuth erledigt seine eigenen Hausaufgaben nicht.“ 150 Polizeibeamtinnen und -beamte seien bei den Blockupy-Protesten 2015 in Frankfurt verletzt worden. Doch kein Angreifer sei wegen Körperverletzung verurteilt worden. „Von 675 Ermittlungsverfahren wurden 645 eingestellt – das sind 96 Prozent. Es gab lediglich sechs Verurteilungen wegen schweren Landfriedensbruchs. Die vollmun-



digen Ankündigungen des Innenministers für eine konsequente Strafverfolgung sind nachweislich ins Leere gelaufen“, sagte Faeser. „Leider nehmen die Angriffe auf Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehr stetig zu. Deshalb ist

die von Justizminister Maas vorgeschlagene Änderung des Strafgesetzbuches auf Bundesebene zu begrüßen. Die Strafverschärfung verdeutlicht, dass wir nicht bereit sind, diese tätlichen Angriffe tatenlos hinzunehmen.“



FOTO: J MIKKA LUSTER - CC BY-SA 2.0

EIN AUSGEBRANNTES POLIZEIAUTO NACH DEN BLOCKUPY-PROTESTEN 2015. KEIN EINZIGER ANGREIFER AUF DIE POLIZEI WURDE WEGEN KÖRPERVERLETZUNG VERURTEILT.

SENIORENPOLITIK IST KEINE SOZIALPOLITISCHE NISCHE

„Es ist schon erschütternd, wie wenig die schwarz-grüne Landesregierung zum Thema ‚Leben im Alter‘ zu sagen hat.“ Mit diesen deutlichen Worten hat die seniorenpolitische Sprecherin der SPD, **Ulrike Alex**, auf die Regierungserklärung von Minister Stefan Grüttner (CDU) reagiert. „Antworten auf die Herausforderungen einer Gesellschaft des langen Lebens hat der Sozialminister versprochen – geliefert hat er vor allem Binsenweisheiten.“

Eine Seniorenpolitik, die sich in einer kleinen Nische des großen Sozialministeriums verstecke, gehe an der Wirklichkeit und an den Bedürfnissen der Menschen vorbei, kritisierte Ulrike Alex: „Wenn man Politik für Senioren nicht als Querschnittsaufgabe über alle Politikfelder und staatlichen Ebenen versteht, dann wird diese Politik nichts bewirken, nichts bewegen und nichts besser machen.“

Eine altersgerechte, sozialräumlich orientierte Politik werde in Hessen nicht vom Land, sondern vor al-

lem vor Ort in den Kommunen gemacht. Die Landesregierung vernachlässige ihre Aufgabe, steuernd und unterstützend tätig zu werden, beispielsweise durch die Schaffung von Planungsrecht, durch Wohnraumförderung, durch einen funktionierenden Personennahverkehr, durch Unterstützung von Begegnungsstätten und Beratungsangeboten. „Und die Kommunen müssen ausreichend ausgestattet und von Sparzwängen befreit werden. Sonst können sie der Aufgabe gar nicht gerecht werden.“

Vor allem aber gehöre ein enger

LEHRKRÄFTE AM LIMIT

„Die Arbeitsbedingungen an den hessischen Schulen haben sich massiv verschlechtert“, kritisierte der SPD-Bildungspolitiker **Christoph Degen**. Er warf der schwarz-grünen Landesregierung



Verantwortungslosigkeit vor. „Klagen und Kritik aus den Schulen perlen an Schwarz-Grün ab wie an Teflon. Während die Anforderungen an Lehrkräfte und Schulleitungen gestiegen sind und weiter ansteigen, sinkt die Unterrichtsqualität trotz massivem persönlichen Einsatz der Lehrkräfte kontinuierlich.“

Den Schulen würden immer mehr Aufgaben zugewiesen, ohne sie entsprechend zu qualifizieren und auszustatten. An Grundschulen, Förderschulen und in der inklusiven Beschulung fehlten Lehrkräfte im dreistelligen Bereich.



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

MEHR BETEILIGUNGSRECHTE FÜR SENIORINNEN UND SENIOREN FORDERT ULRIKE ALEX.

Austausch mit den Betroffenen dazu, um deren Expertise zu nutzen. „Die heutigen Seniorinnen und Senioren fordern vor allem auch mehr Beteiligungsrechte – und zwar gesetzlich verbriefte statt einer unverbindlichen und eher zufällige Mitwirkung bei einzelnen Projekten.“



FOTO: BABIMU - FOTOLIA

BLOCKADE BEI PFLEGE

Die 2015 auf Bundesebene erreichten Verbesserungen im Bereich der Pflege kommen bei hessischen Pflegebedürftigen nicht vollständig an, weil die Landesregierung die dafür notwendige Landesverordnung nicht angepasst hat. Die gesundheitspolitische Sprecherin **Dr. Daniela Sommer** kritisierte: „Der Zugang von pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen zu den neuen Betreuungs- und Entlastungsleistungen wird durch die Blockadehaltung der Landesregierung weiterhin erschwert.“



Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen

Landtag

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

Redaktion:

Gert-Uwe Mende

(verantwortlich)

Gerfried Zluga-Buck

Christoph Gehring

Martina Häusl-David

Valeska Fuhr